

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

29.10.1862 (No. 254)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 29. Oktober.

N. 254.

1862.

Vorabbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr. Clarificationsgebühr: die gepaltene Beitzelle oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Str. Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf die Monate November und Dezember der Karlsruher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, 28. Oktober.

Durch Allerhöchste Ordre vom 17. d. wird Regimentsquartiermeister Stöckmar vom (1.) Leib-Drägerregiment auf Grund des Ausspruchs der Superarbitrationskommission für Offiziere und Kriegsbeamte bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Ruhestand versetzt.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

Frankfurt, Dienstag 28. Okt., Nachmittags 5 Uhr 10 Min. Die großdeutsche Versammlung hat heute nahezu einstimmig folgenden Antrag von Dr. Welß und 64 Genossen angenommen:

- 1) Die Reform der Verfassung des Deutschen Bundes ist ein dringendes und unabwendbares Bedürfnis, sowohl um die Wahrung der äußeren als des Wohlbefindens und die bürgerliche Freiheit im Innern kräftiger als bisher zu fördern.
 - 2) Die Reform muß allen Staaten Deutschlands das Verbleiben in der vollen Gemeinschaft möglich machen.
 - 3) Sie findet ihren Wille in der Schaffung einer kräftigen Bundesexekutivgewalt mit einer nationalen Vertretung.
 - 4) Als die nach den bestehenden Verhältnissen allein mögliche Form der Bundesexekutive stellt sich die Bildung einer konzentrierten kollegialen Exekutive mit richtiger Ausmessung des Stimmverhältnisses dar.
 - 5) Als erster Schritt zur Schaffung einer nationalen Vertretung ist die von den acht Regierungen beantragte Delegirtenversammlung anzureihen. Hierbei wird jedoch vorausgesetzt, daß die Regierungen keine Zeit verlieren, jene Versammlung zu einer periodisch wiederkehrenden Vertretung am Bunde mit erweiterter Kompetenz zu gestalten. Um ihr die nöthige moralische Geltung zu sichern, ist eine größere Zahl von Mitglidern erforderlich. Der Gesetgebung der Einzelstaaten ist die Art und Weise der Wahl zu überlassen; jedoch die Wählbarkeit nicht auf die Mitglieder der Vertretungen der Einzelstaaten zu beschränken.
 - 6) Die Reform ist auf Grundlage der bestehenden Bundesverfassung durch Vereinbarung herbeizuführen.
 - 7) Wennleich ein Bundesgericht, dessen Unabhängigkeit gesichert ist, als eine Einrichtung von wesentlichem Nutzen sich darstellt, so erscheint doch der neueste, in dieser Beziehung gemachte Vorschlag nicht zweckmäßig.
- Auf der morgigen Tagesordnung befinden sich:
- 1) ein Antrag von Moritz Mohl und 70 Genossen: Die Verammlung möge sich für Verwerfung des deutsch-französischen Handelsvertrags erklären;
 - 2) ein Antrag von v. Arnöler, die Gründung eines großdeutschen Reformvereins und Vereinsbunds betreffend.
- Die Versammlung wurde durch den Senator Bernus eröffnet. Präsident: Dr. Weiß (München), Vizepräsidenten: Witte (Hannover) und v. Arnöler (Würtemberg).
Kassel, 27. Okt. (W. L. V.) Heute früh waren bei der

stättgehabten ersten Sitzung der Stände 47 Abgeordnete vorläufig zugelassen. Heute Abend erfolgte die Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten, welche einstimmig auf Reibthau und Ziegler fiel. Beide erklärten, daß die demaligen Stände zu allen Landtagsgeschäften vollkommen berechtigt seien. Der Landtagskommissar versicherte, Alles aufzubieten zu wollen, daß das vorzunehmende Werk ein Friedenswert werde.

London, 27. Okt. (Köln. Z.) Die „Times“ und „Daily News“ sprechen die Ueberzeugung aus, daß die europäischen Mächte sich nicht in die griechischen Handel einmischen werden. Die „Morning Post“ vermutet, der Aufstand sei von Rußland angestiftet.

Die „Times“ und der „Herald“ tadeln Carl Russell wegen seiner neuesten, Dänemark gemachten Vorschläge.

Neu-York, 17. Okt. Berichte aus Vera-Cruz vom 22. melden die Ankunft des Generals Forey daselbst.

Toulon, 27. Okt. (W. L. V.) Das Mittelmeer geschwader geht diesen Abend nach Griechenland.

Furin, 27. Okt. (W. L. V.) Ein Dekret des Königs beruft das Parlament auf den 18. Nov. ein.

Korfu, 27. Okt. (W. L. V.) Der König Otto und die Königin sind heute Morgen hier angekommen und nach Venedig weiter gereist.

Zeitungschau.

Ueber den Handelsstag liegen die Urtheile der Presse jetzt wohl ziemlich vollständig vor.

Die „Süddeutsche Zeitung“ meint, die Verhandlungen in München hätten denjenigen Regierungen, welchen es aufrichtig um Verständigung in der Handelsvertrags-Frage zu thun sei, einen Anhaltspunkt gezeigt. Es sei dies die von beiden Parteien gewünschte Aenderung des §. 31 des Vertrags, die im Wesentlichen mit dem bairischen Vorschlag in der Note vom 1. Sept. zusammenfalle. Dieser Vorschlag könne daher recht gut als Grundlage für die Unterhandlungen dienen, die man der preussischen Regierung anbieten müsse.

Eines ist gewiß: sollte es gelingen, die in der Roggenbach'schen Note empfohlene Aenderung zu Gunsten des Verkehrs zwischen Oesterreich und dem Zollverein zu erreichen, so würde damit der österreichischen Opposition die Spitze abgebrochen sein und innerhalb des Zollvereins würden die Loyalen Segner des Vertrags — Männer wie Hänle in München, der Vizepräsident des Handelsstags — ihre Opposition größtentheils fallen lassen. Seltens scheint uns, daß diejenige Regierung, welche es um eine Ausgleichung in Wahrheit zu thun ist, an diesem Punkt anzuhalten müßte. Die Frage, die den Handelsstag gepalten hat — *conditio sine qua non* oder nicht? — wäre für sie kein Hinderniß; sie würde bis zum Schluß der Unterhandlungen mit Frankreich unerörtert bleiben. Von Preußen, das sich in der günstigeren Lage befindet, könnte man erwarten, daß es die Initiative ergreift. Die Unterhandlungen mit Frankreich würden vielleicht begünstigt durch den dort eingetretenen Ministerwechsel, obwohl auch jetzt die Wahrscheinlichkeit überwiegen mag, daß man sich in Paris vor jedem Zugeständniß hüten wird, welches dazu beitragen könnte, unsere deutschen Handel zu schädigen.

Zumächten haben, wenn der Versuch misslingen sollte, die Dinge nicht schlimmer als zuvor; es bleibt vielmehr der gute Einbruch zurück, daß man eine Ausgleichung herbeizuführen wenigstens bestrebt war.

Die „Kölnische Zeitung“ beschäftigt sich mit dem Entwurf zur Reorganisation des Zollvereins, wie er vom Handelsstages den Regierungen zu „schleuniger Erwägung“ empfohlen worden ist:

Daß die Zollvereins-Verfassung sehr dringend der Verbesserungen bedarf, das beweist hinlänglich die gegenwärtige Krise. Wir glauben auch kaum, daß Preußen in eine Erneuerung der Verträge ganz ohne Verbesserungen einwilligen möchte. Insofern von solcher noch ziemlich unbestimmter Forderung bis zu dem Hansemann'schen idealen Zollreiche mit Direktorium, Staatenhaus und Volkshaus ist noch ein gewaltiger Sprung, und wir können nur wiederholen: Niemand weiß es besser, als Hr. Hansemann selber, daß Bayern, Württemberg, Darmstadt &c. &c. sich viel lieber zehn Mal den preussischen Handelsvertrag als ein Mal die Hansemann'sche Zollvereins-Verfassung gefallen lassen. Gewiß sind durchgreifende Organisations-Veränderungen für den zu erneuernden Zollverein sehr dringend notwendig; aber Preußen und alle aufrichtigen Freunde des Zollvereins können, wie wir neulich schon bemerkten, in ihren Forderungen solcher Fortschritte Verbesserungen um so bescheidener und nachgiebiger sein, je mehr in den obliegenden materiellen Fragen die eifersüchtigen Mittelstaaten ihren falschen Particularismus beseitigen, d. h. je konstanter sie auch bei dem jetzigen formell gleichen Stimmengewichte die wahren Majoritätsinteressen zu wahren und zu befriedigen eilen.

Legteres haben sie jetzt vor Allem in der fernern Behandlung des Handelsvertrags zu bewähren. An diesem muß es sich sehr bald zeigen, ob in den Kabinetten unserer deutschen Mittelstaaten ein männlicher und gerader Verstand noch über blinde Leidenschaft den Sieg davonzutragen vermag!

Die „Allg. Zeitung“ ist außer sich über den Handelsstag; ihr einziger Trost sind die Toaste, die man in München auf Oesterreich ausgebracht hat:

Trostvollen Herzens ist wohl kein patriotischer Mann von München weggegangen. Es lag eine tiefe Wahrheit darin, wenn Direktor Karmarsch vor der Beschlußfassung vom Freitag sagte: es wäre eigentlich für das Ansehen des Handelsstags das Beste, wenn man ohne Beschlußnahme auseinanderginge. Es fehlte nicht bloß an der Einigkeit, es fehlte an dem guten Willen, sich zu verstehen und noch auf Sachgründe zu hören. Der Geist aus der Zeit von Jena, dessen Jahrestag auf den Anfang des Handelsstags fiel, war der herrschende, und hat sich bis zum 18. nicht in die Stimmung von Leipzig verwandelt. Eher mit Bitterkeit als mit Bruderliebe im Herzen ist man endlich auseinander gegangen. Den tiefsten Stachel im Herzen trugen wohl die Oesterreicher davon. Fast Alle waren sie empört, so auf einem deutschen Handelsstag behandelt zu werden, sie, die, wie sie sagten, Tag für Tag für das Deutschthum auf der Besse stehen und das Deutschthum ausbreiten. Inbesten waren sie sich bewußt, ein Recht auf den Zusammenhang mit Deutschland zu haben, und wir hoffen, daß sie es festhalten werden, wenn auch von gewissen Seiten Alles geschieht, es zu einem privilegium onerosum zu machen. Den Süddeutschen sind sie aufs neue werth geworden: durch ihre Wahlverwandtschaft, durch ihre Begabung, durch ihre parlamentarischen Leistungen. Sie haben bewiesen, daß sie Geist von unserm Geiste sind, und daß die Süddeutschen mit ihnen verbunden, auf jeder politischen Arena dem Norden das nöthige Gleichgewicht zu bieten vermögen. Dem Süddeutschen haben sie gezeigt, wie er ohne Organisation eine willkürlose Hinzuherrschende Herde bleiben wird; sie haben ihm von der Hüt und Parteilichkeit, welche allein Erfolge erzielt, glänzende Proben gegeben. Auch in diesem Sinne dürfte Sabel ausrufen: er wüßte, daß die Oesterreicher in Süddeutschland; es sei Zeit, daß die Oesterreicher kommen. Die Oesterreicher aus Kronstadt und Rügenberg, aus Emsberg und Jünzbrück, aus Brody und Litz, aus Prag und Triest haben wie ein Mann zu-

Die Eisenbahn von Karlsruhe nach Marau.

(Schluß aus Nr. 252.)

Stationen und Bahnhöfe.

Mehr Stationen anzulegen, als die bekannten vier: am Mühlburger Thor, in Mühlburg, in Rietlingen und in Marau, war nicht wohl zulässig, es wäre sonst nichts für die Bahnlinie übrig geblieben, und es konnte deshalb der bestehende Wunsch um Anlage eines weiteren Haltpunktes gegenüber dem Geiger'schen Bierkeller, so sehr auch das dringende Bedürfnis geltend gemacht werden wollte, nicht berücksichtigt werden.

Das aber den Stationen an Zahl abgeht, hat man ihnen an Ausdehnung zugelegt, und wenn trotzdem eine Zeit kommen sollte, wo diese Stationen das Schicksal der meisten ihrer Schwestern theilen und für das Bedürfnis zu klein werden sollten, so wäre dies eines der günstigsten Ereignisse, das man der Rheinbahn nur wünschen kann. Die Station am Mühlburger Thor ist lediglich eine Ausnahmestelle für Personen, und muß der Güterverkehr nach wie vor dem Hauptbahnhof verbleiben. Einer Ausdehnung ist sie, da sie auf den Feuerwehrlager beschränkt ist, allerdings nicht fähig — obgleich der Feuerwehrlager für das Geld, das er kostet, einige Ausdehnbarkeit besitzen dürfte — allein als Personstation wird sie noch lange genügen, und sollte jemals das glückliche Ereignis ihrer Ungenügsamkeit eintreten, so ist der gegenüberliegende Hartwald groß genug, um einen Centralbahnhof für ganz Deutschland darin anzulegen. Soffentlich werden bis dahin die Eichen des Hartwaldes nicht auf Drängen gezwungen werden, was der Güterentscheidung wegen sehr zu beklagen wäre. Die Station Mühlburg hat man zu dem Range einer Güterstation erhoben, doch scheint es der Güter bei dieser Rangeshöhung etwas unbehaglich zu sein. Hoffen wir, daß es ihr gelingen möge, ihren Rang zu behaupten.

Rietlingen wird stets durch Bequemlichkeit sich auszeichnen, besche-

den in der Frequenz, bescheiden in der Einnahme. Doch steht zu hoffen, daß, wenn Rietlingen ein einig Sängerverein, einen Turnverein und ein Pompiertorps haben wird, die Frequenz sich durch die alljährlichen Fahrten etwas heben wird.

Die Station Marau hat offenbar unter allen ihren Kollegen die wichtigste Aufgabe, denn ihr liegt es ob, die Kuppelrin zu machen und ein Gebührendes zu leisten, von dessen Zustandkommen es abhängt, ob die Braut einer glänzenden Zukunft entgegengehen, oder ob sie als alte Jungfer ihr ärmliches Dasein verkümmern soll.

Die Station Marau ist sich dieser Aufgabe auch vollkommen bewußt; schlau und feilekt hat sie sich dem spröden Freier genähert und hat dem Ahnungslosen bereits bedeutendes Terrain abgewonnen. Sie hat sich mit dem ganzen gewaltigen Apparate an Stationsgebäuden, Waschküchenhäusern, Wagenremisen, Güterschoppen versehen, der nöthig ist, sich einem so gewaltigen Liebhaber gegenüber interessant zu machen und hat ein Netz von Schienenwegen ausgeworfen, in dessen eisernen Maschen der Goldvogel sich sicher fangen wird.

Betrachten wir das Brautpaar etwas näher. Der Bräutigam, Herr Rhein, vulgo „Bater Rhein“, oder auch in unbewachten Augenblicken „der freie deutsche Rhein“ genannt, ein geborner Schweizer — die Braut, Fräulein Rheinbahn, eine geborne Karlsruherin.

Der Lebenslauf des Bräutigams ist bekannt, und es würde zu weit führen, wollten wir ausführlich erzählen, wie er nach einer ziemlich stürmisch verlebten Jugend sich in Konstantz durch sein breites Auftreten bemerkbar gemacht, wie er in Schaffhausen Ansehen erregt, wie er von Basel ab sich etwas einseitige französische Bildung angeeignet, jedoch bald von dieser einseitigen Vertiefung zurückkehrend, sich Deutschland ganz in die Arme geworfen hat, um sich so zu zeigen, wie wir ihn hier sehen, deutsch durch und durch, deutsch auf beiden Seiten. Seine Privatverhältnisse sind glänzend, und obgleich etwas beschränkt, ist er doch eine der besten Partien, denn er ist nicht nur großer Kaufmann und Expeditur, sondern auch bedeutender Fischhändler, führt

stets Geld bei sich und liefert zeitweise auch Stoff für Dichter, und bei diesen glänzenden Eigenschaften kann es ihm wohl nachgesehen werden, daß er etwas heftigen Temperaments und zu Zeiten Wüthler ist. Dies der Bräutigam.

Die Braut, Fräulein Rheinbahn, ist noch ein ganz junges Ding und läßt sich über ihren Lebenslauf nicht viel sagen, bekanntlich das Beste, was man von einem jungen Frauenzimmer sagen kann! Aber sie ist eine Karlsruherin, und dies ist ein Vorzug, der nicht leicht in die Wahrschale fällt, denn Karlsruhe ist berühmt durch seine treuen, würdigen Bewohnerinnen. Darum ist auch kaum zu zweifeln, daß die Verbindung zu Stande komme, denn schon hat Herr Rhein der Kleinen Karlsruherin einige Mal schön getan und ihr verschiedene Aufmerksamkeiten erwiesen, und bereits können sie als Verlobte betrachtet werden.

Doch lange Bekanntschaften taugen nichts, und ist wünschenswerth, daß der Bund in Bälde dauernd geschlossen wird. Wenn der Bräutigam die Fluten, die zu den Füßen seiner Entlohenen spielen, mit einem Wald von Massen bedecken, wenn er seiner Braut reich beladene Schiffe zur Morgengabe bringen wird, dann wird die Hochzeit sein. Es wird eine bürgerliche Trauung werden. Doch, wird die Verbindung bei der Verschiedenheit der Temperamente auch eine glückliche sein? Ja, sie wird, und der Dichter läßt nicht, wenn er sagt:

„Denn wo das Strenge mit dem Zarten,
Wo Starkes sich und Mildes paarten,
Da gibt es einen guten Klang!“

Es ist nicht zu zweifeln, daß die Resultate dieser Verbindung „gut klingende“ sein werden.

Hier noch von dem Kopfenpunkt reden zu wollen, könnte uns und den Lesern den Humor verdröben, denn bekanntlich ist der Kopfenpunkt in der Regel und immer dann die schwächste Seite der Eisenbahnen, wenn er ihre stärkste Seite ist. Darum zur Verabigung der Leser nur

sammengestellt, und ihr überraschend starkes Gefühl für die Ehre ihres Reichs war nicht etwa ein gemachtes und befohlenes, es war, der intimere Berleher bewies es, ein Mann für Mann empfundenes.

Der „Botschafter“ läßt sich folgendermaßen aus:

Das Ergebnis der Münchener Abstimmung wäre ein umgekehrtes gewesen, wenn aus Oesterreich fünf Menschen mehr nach München gegangen wären. Würde etwa Oesterreich nicht berechtigt gewesen sein, nicht nur fünf, sondern zehn, fünfzehn, zwanzig mehr zu senden, als gesendet worden sind? — Haben etwa unsere Handelskammern nicht mehr zu bedeuten, als die des Großherzogthums Weimar, deren dieser Duodezstaat vier, so viel wie das Königreich Böhmen, besitzt? Sind die preussischen Handelskammern etwa ihrem Rang nach mehr, als was man bei uns ein Handelsgerium nennen würde? Wenn ein Preuße die Lebenswürdigkeit gehabt hat, von einer Zubringlichkeit Oesterreichs zu reden, so wissen wir sehr wohl, daß man leicht als Zubringlich erscheint, wenn man sein Recht geltend macht; aber Rechtsansprüche sind nicht darauf berechnet, Jedermann willkommen zu sein. Es thut uns leid um diesen Herrn; aber Oesterreich wird ihm noch viel mehr als bisher unbecquem fallen; das glauben wir ihm voraussetzen zu können. Wenn Oesterreich wiederholt die Gelegenheit ergriffen hat, seine Sache der Nation vorzutragen, so hat es geglaubt, von einem Theil desselben an das Ganze und von der Verblendung an die Erkenntnis der wahren Interessen Aller appelliren zu müssen. Aber diese Appellation ist wahrhaftig nicht in seinem eigenen ausschließlichen Interesse, gemeint; denn die Haltung Oesterreichs in seinen entscheidenden Entschlüssen wird keine andere sein, gleichviel welches Glück diese Verjüngung finden möge. Im Uebrigen hat der Münchener Handelsstag für uns manche, im hohen Grade erfreuliche Ergebnisse zu Tage gefördert. Vor Allem begrüßen wir das steigende Selbstgefühl, mit welchem die Oesterreicher aufgetreten sind. Es ist noch nicht lange her, daß sich diese veränderte Stimmung eingestellt hat. Wir wissen, wie viel uns noch fehlt, um der großen Rolle gewachsen zu sein, welche Oesterreich vorgezeichnet ist; aber seitdem wir uns dieser Rolle und unseres ernsten Strebens bewußt geworden sind, haben wir unsere Beharrlichkeit für unsern innern Jugendbedarf, aber nicht für anmaßende andere Leute. Unter uns dürfen wir uns sagen, daß wir auch die kleine Niederlage in München nur unserer Unzulänglichkeit zuschreiben haben. Diese Unzulänglichkeit ist unser Unglück. Das Zeit- und Geld, welches in England oder Amerika jeder Junge von zehn Jahren; daß Zeit nicht nur Geld, sondern auch Macht ist, sollte man in Oesterreich in allen Schulen vom ABC an bis zum Doktorexamen lehren. In dem Langsamem wittert in unserer Zeit die Welt einen Feind des modernen Lebens; er wird nicht nur benachtheiligt, sondern auch gehöhnt. Erreulich war es auch, daß nur wirkliche Kleinrenten gegen Oesterreich stimmten; erfreulich war es zugleich, daß die Erhaltung des Zollvereins als ein höher nationaler Zweck anerkannt wurde. Er ist eine große nationale Errungenschaft. Er erweitert, aber nicht vernichtet werden soll.

Die offizielle „Bayerische Zeitung“ deutet den Eindruck an, welchen die bayerische Regierung von den Verhandlungen des Handelsstags empfangen haben will:

Die gefaßten Resolutionen, geschöpft aus politischen Motiven, erscheinen vielleicht als interessante, und dialektisch gelungene Parteimanifestationen, auf die Sache selbst aber und deren endliche Entscheidung werden sie jedoch kaum irgendwo maßgebenden Einfluß zu üben vermögen. Was Bayern insbesondere angeht, so glauben wir, daß kein wohlgegründeter feiner Standpunkt durch den Münchener Handelsstag nicht im mindesten erschüttert, ja vielmehr noch gestärkt worden ist.

Deutschland.

Frankfurt, 27. Okt. Die hiesige „Postzeitung“ schreibt: Am heutigen Tag fanden Vorbesprechungen ohne eigentlich parlamentarische Form statt. Gegen 150 Mitglieder, meist aus entfernteren Wohnorten, namentlich aus Oesterreich, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, verhandelten vorläufig über die Hauptpunkte eines aufzustellenden Programms, namentlich die in Aussicht gestellten Bundesreformen. Obwohl die Fragen und Anträge nach allen Seiten hin gründlich und mit Nachdruck durchgesprochen wurden, verläugnete die Diskussion doch niemals die Rücksichten feinerer Form. Die Geschäftsordnung liegt bereits gedruckt vor, und es ist sehr wahrscheinlich, daß man sich über die Prinzipien schon jetzt so ziemlich geeinigt hat. Unverhofft zahlreich ist Hannover vertreten. In einem andern Artikel glaubt die „Frkf. Post-Ztg.“ die Zahl der Teilnehmer an der Versammlung auf nahezu 500 veranschlagen zu können.

so viel der Kostenaufwand für die Rheinbahn wird den Voranschlag nicht erreichen. Und nun zum Schluß noch eine Uebersicht der verschiedenen Bauperioden:

Im Sommer v. J. wurde die Eisenbahnlinie abgesteckt und vermessen. Am 15. Oktober v. J. wurde mit den eigentlichen Vorarbeiten begonnen. Im Monat Januar d. J. wurde mit der Gütererwerbung der Anfang gemacht. Am 1. Februar d. J. geschah der erste Spatenstich. Am 14. Juni d. J. wurde die Bahn von Karlsruhe bis an die Albbücke durch die erste Lokomotive befahren. Am 28. Juni dampfte die erste Lokomotive bis an die Mfer des Rheines. Am 5. August d. J. war die Betriebsöffnung. Punktum!

Neuartig es Schießpulver. Vor kurzem fanden, wie die „Oesterr. Militär-Ztg.“ schreibt, in Preßburg Schieß- und Sprengproben mit dem neu erfindenen Hochhütter-Strachwitzschen Gaspulver statt, welche überraschende Resultate lieferten. Die Wirkung dieses Pulvers ist thatsächlich eine weit größere, als jene des gegenwärtigen, und da 1 Pfund Gaspulver der Kraft von 3 Pfund gewöhnlichem Pulver entspricht, so ist schon hiedurch der Vorzug konstatirt. Bei diesen Proben fanden sich die Vortheile des Gaspulvers, wie sie das Programm enthält, bestätigt, und man beobachtete namentlich, daß die Gleichförmigkeit der Wirkung größer und sicherer war, weil das Pulver vollständig explodirte; daß der Pulverdampf viel geringer eintrat und sofort nach dem Schuß verlor; daß der Rückstoß, der Grad der Erhitzung bei den Gewehren, in gleichen der Schmutz nach dem Schusse fast Null ist, da sich die Ladung jedesmal ganz verzehrt. Das hier Gesagte gilt von den Kleingewehren und Pistolen, dann von einer Handkanone, welche wir bei jenen Proben zu beobachten Gelegenheit hatten. Auch fanden in der Nähe Preßburgs Felsprengungen statt, welche bei dem Umfange, als sich das Gas zum gewöhnlichen Pulver wie 1 zu 4 bei gleicher Wirkung verhält, in der That alle Erwartungen übertrafen.

Frankfurt, 28. Okt. Die „Südd. Ztg.“ schreibt: In den gestrigen vertraulichen Besprechungen der Großdeutschen hat, wie wir hören, Senator Vermiss von hier den Vorschlag gemacht, und wird bei der Abwesenheit des Grafen Hegenberg vermuthlich auch die heute beginnenden öffentlichen Sitzungen leiten. Ein katholischer Geistlicher aus Münster, Michaelis, schlug die Erklärung vor, daß man keine religiösen, sondern bloß großdeutsche Zwecke verfolge, beruhigte sich aber, als man ihm einwandte, daß heiße ja zugeben, daß Grund zu der Annahme vorhanden sei, die Versammlung verfolge zum Theil auch religiöse Zwecke. Der fernere Vorschlag, einen Großdeutschen Verein zu stiften, wurde als verfrüht ebenfalls abgelehnt. Unter den Anwesenden sind Frhr. v. Verchenfeld, Moritz Mohl, Prinz v. Dobbshof, v. Sommaruga, Baron Tinti u. s. w. Moritz Mohl kündigte einen von vielen Genossen mitunterzeichneten Antrag in Betreff des Handelsvertrags an:

Die Versammlung spricht in Beziehung der Zoll- und Handelsverträge des Deutschen Reichs ihre Ansicht dahin aus: 1) erklärt sie sich mit der Ablehnung des Handelsvertrags mit Oesterreich einverstanden, und ist der Ueberzeugung, 2) daß an dem Rechte Oesterreichs, und des Zollvereins, auch die Aufnahme Oesterreichs in den Zollverein, festzuhalten ist; 3) daß eine etwaige Revision des Zollrechts Tarifs, sowie die Erneuerung des Zollvereins, nur unter gemeinschaftlicher Verhandlung mit Oesterreich zu bewirken ist; und 4) daß dabei der Schutz der deutschen Arbeit unverrückt im Auge zu behalten ist.

München, 26. Okt. (S. M.) Die Nachrichten aus Griechenland erregen hier begreiflicher Weise das lebhafteste Interesse; doch würde man sich täuschen, wenn man glaube, daß sonderlich viel Bedauern dabei mit unterläufe. Die öffentliche Meinung, und nicht am wenigsten gerade die Meinung Jener, welche ehemals selbst in Griechenland waren, ist von allem Philhellenismus längst gründlich geheilt, und die Theilnahme des Volks für den König Otto, der von je herzliche Sympathie genoss, hat sich schon lange in der Richtung ausgesprochen, daß er seine Dornenkrone niederlegen und nach Bayern zurückkehren möge. Und diejenigen, welche nicht nur fühlen, sondern auch rechnen, finden es überdies gar nicht un Zweckmäßig, wenn die Apanage von 80,000 fl., die jetzt jährlich nach Athen wandert, künftig im Lande verzehrt würde. — Man ist hier sehr gespannt darauf, wie das Ministerium den Refus der pälzischen Turnvereine gegen die bekannte Verfügung der Kreisregierung in Speyer entscheiden wird. Eine entschiedene Willensmeinung, wie es der Turnerei gegenüber sich stelle, hat das Ministerium noch nicht von sich gegeben; doch ist kaum zu erwarten, daß nach den in den beiden Kammern so einmüthig und einstimmig ausgesprochenen Ansichten, es seine Verfügung sanktioniren werde, welche, indem sie die Turnvereine für politische erklärt, nach dem Vereinsgesetz die Theilnahme Minderjähriger, d. h. also den Turnunterricht verbieten würde. Der wärmste Anwalt der Turnerei beim letzten Landtag, Professor Dr. Edel von Würzburg, ist augenblicklich hier, und man meint, daß seine Anwesenheit einer Fürsprache für die von ihm vertretenen Sache gelte oder doch zu einer solchen werde benützt werden.

Altenburg, 26. Okt. Ein Extrablatt der „Altenburg. Ztg.“ meldet den heute Morgens um 5 Uhr zu Meiningen erfolgten Tod der Frau Herzogin-Mutter Marie von Sachsen-Altenburg.

Berlin, 26. Okt. Nachträglich mehrten sich aus fallen Provinzen die Nachrichten von feierlichen Empfängen und Festen, mit welchen die heimkehrenden Abgeordneten von ihren Wählern bedacht werden. Was am erfreulichsten dabei auffällt, ist die zur Zeit völlige Einmüthigkeit aller liberalen Parteien. Es tritt die Frage, ob Fortschrittspartei, ob Volkum-Dolfs, ob Bindianer, vor der andern, wie der Verfassung ihr volles Recht wieder zu gewinnen sei, gänzlich zurück, und indem die Ansprüche Aller sich nur auf die Sicherstellung des schwer verlegten Staats-Grundgesetzes erstrecken, schweigen alle übrigen Wünsche in der richtigen Erkenntnis, daß bis auf Weiteres an ihre Erfüllung doch nicht zu denken ist. „So wie die Dinge gegenwärtig liegen“, schreibt die „Magdeb. Ztg.“, „kann nur noch das feste Zusammenhalten der ganzen liberalen Partei Garantien für eine bessere Zukunft bieten, und wenn uns der Ausgang des Kampfes keinen Augenblick zweifelhaft ist, da allein das Recht den Sieg erhalten kann, so wird das gemeinsame Eintreten für dasselbe auch den nicht zu unterschätzenden Gewinn mit sich bringen, daß die liberalen Parteien sich innerlich klären, daß die persönlichen Erbitterungen aufhören, und in der Folgezeit sich diejenigen höher schätzen, welche sonst oftmals auf einander plagten und außer ihren Differenzen keine größeren Gegensätze zu kennen schienen.“

Die „Magdeb. Ztg.“ schreibt: Wir hören, so ist der Staatsanwalt Dypertmann, welcher bisher ein Gehalt von 1000 Thln. bezog, mit einem Wartegeld von 560 Thln. zur Disposition gestellt worden. Das für die Monate November und Dezember 1862 über den Betrag der betreffenden Raten des Wartegeldes hinaus bereits erhobene Gehalt soll von ihm zurückgezahlt werden. Das Verfahren gegen Dypertmann wurde sehr beschleunigt.

Das Kammergericht hat auf Appellation in dem Prozeß gegen den Schuhmacher A. Schmidt und den Redakteur der „Volkzeitung“ wegen Verläumdung des Frhrn. Senff v. Pilsach und des Generalsuperintendenten Büchel das auf 6 Wochen Gefängnis gegen Schmidt und 50 Thlr. Geldbuße wegen Preßvergehens gegen den Redakteur Holtheim laufende Erkenntnis erster Instanz lediglich bestätigt. — Ebenso wurde in der Appellation des Preßprozesses gegen den Redakteur des „Fortkritt“, Literaten Walec ode, wegen des Leitartikels in der Probenummer das auf 100 Thlr. lautende Erkenntnis aufrecht erhalten. — Von Th. Wommsen's „Römische Geschichte“ soll der längst mit Spannung erwartete vierte Band nächsten Monat erscheinen. Er schildert die Anfänge der Kaiserzeit. — Die Versammlung eines Bezirksvereins wurde noch vor Beginn derselben aufgelöst, weil Dr. Vappenheim einen Vortrag über — Kindergärten halten wollte, zu welchem auch die Frauen eingeladen waren. Nach

Ansicht der Polizeibehörde zählen die Bezirksvereine zu den politischen, zu denen den Frauen der Zutritt nicht gestattet ist.

Berlin, 27. Okt. Se. Maj. der König fuhr heute Nachmittag mit einem Extrazug der Stettiner Eisenbahn nach dem Jagdschloß Hubertusstock in der Schorfhaide, wo morgen ein Treibjagen abgehalten werden soll. Der König gedenkt am Mittwoch 29. d. hieher zurückzukehren. — Am 5. und 6. November sollen in dem Lezhinger Forst die in jedem Herbst herkömmlichen großen Hatzjagen stattfinden. Zur Theilnahme an denselben sind an mehrere benachbarte Fürsten, namentlich an den Großherzog von Mecklenburg-Schwerin und Herzog von Braunschweig, Einladungen ergangen. — Gestern Abend ist der bisherige französische Gesandte am hiesigen Hofe, Prinz Latorb d'Auvergne, aus Paris hier eingetroffen. Derselbe stiftete alsbald nach seiner Ankunft dem Ministerpräsidenten v. Bismarck einen Besuch ab und hatte mit diesem eine längere Besprechung. Gleich nach der Rückkehr des Königs von Hubertusstock wird der Prinz bei Sr. Majestät eine Abschiedsaudienz haben und dann unverweilt wieder nach Paris gehen, um binnen kurzen von dort auf den Botschafterposten nach Rom abzureisen. — Heute früh hat der Ministerpräsident v. Bismarck seine Reise nach der französischen Hauptstadt angetreten, um dem Kaiser Napoleon sein Andernungs schreiben zu überreichen. Die Rückkehr des Frhr. v. Bismarck aus Paris steht zum 4. November zu erwarten. Derselbe wird aber nicht direkt nach Berlin kommen, sondern unterwegs von Magdeburg aus sich zum König nach Lezhingen begeben. — Heute ist der Finanzminister v. Bodelschwingh aus der Provinz Westphalen hier wieder angelangt. Der frühere Handelsminister v. Holzbrink hat am Sonnabend Berlin verlassen, um eine längere Erholungsreise zu unternehmen. Vorerst ist derselbe nach München gegangen. Gegen Ende dieser Woche trifft der Kriegsminister v. Koon aus der Schweiz hier wieder ein. — Ein hier umlaufendes Gerücht will wissen, der britische Gesandte am hiesigen Hofe, Lord Loftus, werde alsbald von Berlin abberufen werden. Zu Zusammenhänge damit steht die Behauptung: der Plan wegen gegenseitiger Vertretung Preußens und Englands durch Botschafter solle nunmehr doch zur Ausführung kommen. Dieser anfänglich sehr lebhaft betriebene Plan war seit einigen Wochen bedeutend in den Hintergrund getreten. Daß seine Verwirklichung ganz nahe bevorstehend sei, möchten wir doch nicht annehmen. Insbesondere spricht dagegen der Umstand, daß in dem Budget des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten keine Mittel zur Schaffung von Botschafterposten enthalten sind. Wahrscheinlich wird die Entscheidung der Frage noch bis zur nächsten Landtagsession verschoben werden.

Wien, 25. Okt. Der gegenwärtig dem Abgeordnetenhause zur Berathung vorliegende Bericht des Finanz-Ausschusses über die Bankakte, ein sehr umfangreiches Aktenstück, ist im Wesentlichen folgenden Inhalts: „Die Regierungsvorlage beabsichtigt, daß das dem Gesetzentwurf beiliegende Uebereinkommen mit der österreichischen Nationalbank in Betreff der Regelung ihres Verhältnisses zum Staat bestätigt und deren Privilegium bis zum letzten Dezember 1890 verlängert werde. Der Ausschuss gemäßen nach einer eingehenden Prüfung die Ueberzeugung, daß eine Verlängerung des Privilegiums auf so lange Dauer für zulässig, nicht erachtet werden könne, und daß das Uebereinkommen, so wie es vorliegt, weder aus volkswirtschaftlichen, noch aus finanziellen Gründen zu billigen sei. Es ist nämlich nichts weniger als vortheilhaft vom volkswirtschaftlichen Standpunkte, weil nach demselben die Abwicklung des Schulverhältnisses des Staats in weite Ferne gerückt und die Bank selbst nicht einmal zur Entäußerung der in ihrem Besitze befindlichen Effekten, welche keine bankmäßige Bedeutung der Noten bilden, verpflichtet erscheint, so daß an eine Wiederaufnahme der Silberzahlungen kaum vor Verlauf eines Jahrzehntes gedacht werden könnte. Aber auch das Einkommen, welches im Uebereinkommen für das zu überlassende Privilegium bedungen wird, steht mit dem Werth und Ertragnis desselben nicht im Verhältnisse. Für den Ausschuss war vor Allem der Grundlag maßgebend, es sei in einem bestimmten, nicht zu entfernten Zeitpunkt ein solcher Zustand der Bank herbeizuführen, daß alle ihre Noten naturgemäß, d. h. entweder metallisch oder doch bankmäßig bedeckt seien, und daß keine Note mehr im Umlauf sich befinde, welche nur in Forderungen an den Staat oder in nicht leicht realisirbaren Effekten ihre Deckung hat. Als solcher Zeitpunkt wurde der letzte Dezember 1866 angenommen.“

Was nun I. die Regelung des Schulverhältnisses zwischen dem Staate und der Bank betrifft, so betragen die vier Schuldposten, um die es sich handelt, nach dem Bankausweise vom 30. Sept. l. J. zusammen 232,944,490 fl. Der erste von diesen Schuldposten, derjenige, welcher aus der Einlösung des Wiener-Währungs-Papiergeldes herrührt, ist gegenwärtig zu ungefähr gleichen Theilen mit 4 Proz. verzinslich und unverzinslich, und wird nach den für ihn bestehenden Vertragsbestimmungen in monatlichen Raten zurückgezahlt, so daß er im Jahr 1870 vollständig getilgt sein würde. Nach dem früher aufgestellten Grundsatz soll auch diese Schuld bis Ende 1866 vollständig abgetragen werden. Die 20 Mill. Gulden in Silber gegebenen unverzinslichen Vorschüsse auf die 1. St. 3 Millionen der Anleihe von 1859 sollten nach der Regierungsvorlage in Monatsraten, jedenfalls noch im Laufe der Jahre 1863 und 1864 zurückgezahlt werden. Der Ausschuss hielt jedoch die diesfällige Bestimmung keineswegs für zweckmäßig. Daburch würde nämlich nicht nur dem Staat die Last einer neuen, unter den drückendsten Bedingungen zu kontrahirenden Silberschuld auferlegt, sondern auch kein entsprechender Vortheil weder für die Bank, noch für die Verbesserung der Valuta erzielt. Die durch die Goose des Anlehens vom Jahr 1860 bedeckten Vorschüsse auf das Anlehen vom 29. April 1859 betragen mit Beginn des Jahres 1862 99 Millionen und werden im nächsten Jahr nur mehr 60,500,000 fl. betragen. Wird dieser Schuldrest zu der durch Staatsgüter bedeckten Schuld im Betrag von mehr als 87

Millionen Gulden hinzugerechnet, so ergibt sich eine Summe von ungefähr 148 Millionen Gulden. Davon sollen vorerst 80 Millionen Gulden als ein während der Dauer des Privilegiums unveränderlich bleibendes Darlehen an den Staat ausgeteilt werden, die Restschuld aber im Betrag von beiläufig 68 Millionen Gulden durch Staatsgüter gedeckt sein. Auch für die Tilgung dieser Schuld bis Ende Dezember 1866 wurde eine entsprechende Verfügung getroffen.

Die Summe der Rückzahlungen, welche dem Staat in den nächsten vier Jahren obliegen, beträgt hiernach ungefähr 125 Millionen Gulden. Allein ohne Regelung des Schuldverhältnisses zwischen Staat und Bank ist an Herstellung der Saluta nicht zu denken. Wenn dem Staat zugemutet wird, bis Ende 1866 sein Schuldverhältnis zur Bank mit großen Opfern abzurufen, so muß selbstverständlich auch II. die Bank die Verpflichtung übernehmen, sich ihres Effektivbesizes zu entäußern, welche Bänderung innerhalb desselben Zeitraums zu geschehen hat.

Damit ist III. der Bank die Möglichkeit gegeben, ihre Silberzahlungen wieder anzunehmen, wofür das Jahr 1867 als Zeitpunkt festgesetzt wurde. Vorbereitungen für die Wiederaufnahme der Baarzahlungen sind die mittelwärtige Verminderung des Notenumlaufes und die Einziehung der kleinen Noten, wozu die durch Rückzahlungen des Staates und die Veräußerung der Effekten der Bank eingehenden Beträge zu verwenden sind. Was endlich IV. das zu stipulierende Entgelt für die Verlängerung des Privilegiums betrifft, so konnte nicht entgehen, daß jede Wahrscheinlichkeitsberechnung des zu gewärtigenden Bankgewinnes schwankend sein muß. Das Korrektiv besteht darin, daß der Nettogewinn der Bank, sobald er eine gewisse Höhe (6 Proz.) übersteigt, zwischen dem Staate und den Aktionären getheilt werde. Der Hauptvortheil aber, welcher dem Staate für die Verlängerung des Privilegiums zugestanden werden soll, besteht in einem während der Privilegiumsdauer permanenten Darlehen von 80 Mill. Gulden. Dies findet seine genügende Begründung darin, daß der Staat, falls keine Banknoten beständen, nicht bloß 80 Mill. Gulden, sondern gewiß auch einen höheren Betrag ohne Zwangskurs und Umwechslungsverpflichtung bloß als Steuergeld im Umlauf zu erhalten in der Lage wäre. Das Darlehen kann aber auch nicht wohl höher sein, als der erwähnte Betrag, weil sonst der Bankfonds erschöpft würde. Das Darlehen von 80 Millionen soll bis zur Wiederaufnahme der Baarzahlungen unverzinstlich sein, weil, so lange die Baareinlösung eingestellt ist, die Noten eigentlich nur auf Grund des vom Staate ausgesprochenen Zwangskurses umlaufen. Daß aber nicht bloß die Restschuld, sondern auch das permanente Darlehen von 80 Millionen Gulden bis Ende 1866 unverzinstlich verbleibt, ist offenbar für den Staat ein so großer Vortheil, daß es während dieser Zeit des in der Gewinntheilung liegenden Korrektives nicht bedarf. Dasselbe hat daher erst vom Jahr 1867 einzutreten.

Das permanente Darlehen aber soll von dem Zeitpunkte der Wiederaufnahme der Baarzahlungen an mit 2 Proz. verzinstlich sein. Denn mag man über die Rentabilität des Bankunternehmens wie immer denken, so viel ist doch gewiß, daß das Gescompte- und Lombardgeschäft im Jahr 1867 und den folgenden Jahren eine ganz andere Ausdehnung haben wird, als im Jahr 1861. Im Jahr 1861 aber beliefen sich die Erträge aus diesen beiden Geschäftszweigen auf 6,761,506 fl. Selbst wenn die Zinsen des Bankvermögens und die Erträge aller anderen Geschäftszweige durch die Specien abgedeckt würden, so würde schon dieser Betrag allein zur 6prozentigen Verzinsung des Bankfonds mehr als hinreichen. Es wird demnach jede weitere Einnahme und daher auch die Zinszahlung des Staates in die Gewinntheilung fallen. Von den 1,600,000 fl. Zinsen würden 400,000 fl. den Reservefonds verbleiben, der Rest aber zur Hälfte an den Staat zurückfallen.

Wien, 27. Okt. Graf Rechberg soll entschlossen sein, in die vom Abgeordnetenhaus beschlossene Streichung von 26,300 fl. in der Position „diplomatische Anstalten“ einzuwilligen. Bekanntlich entfallen davon 20,000 fl. auf die Funktionszulage für den k. k. Votschaster in Rom und 6300 fl. auf jene für den Präsidenten der Bundes-Militärkommission in Frankfurt. Wahrscheinlich dürfte eine Uebertragung innerhalb der genannten Abtheilung stattfinden, was nach dem Finanzgesetze der Regierung gestattet ist. Derselbe Vorgang dürfte zur Begleichung einer weiteren Differenz zwischen den beiden Häusern des Reichsrathes bezüglich der Unterabtheilung „Polnische Verwaltung im lombardisch-venetianischen Königreich“ Platz greifen. Die Differenz betrifft den Statthalterposten in Venedig mit der von 16,800 auf 8400 fl. herabgesetzten Funktionszulage.

Der königl. griechische Gesandte am hiesigen Hof, Baron v. Sina, hat in Folge der jüngsten aus Griechenland eingelangten Nachrichten seinen derzeitigen Aufenthaltsort Ischl verlassen und ist gestern in Wien eingetroffen. In den nächsten Tagen begibt er sich nach Triest, wohin aller Vermuthung nach der König und die Königin von Griechenland sich wenden dürften. Gestern eingetroffenen Telegrammen zufolge hätten J. M. in Cerigo Station gehalten und sich von dort nach Korfu gewendet. — Der k. k. österreichische Votschaster Fürst Metternich ist gestern Nachmittag nach Paris abgereist. — Der Reichsraths-Abgeordnete J. Liebig, einer der hervorragendsten österreichischen Industriellen, hat sein Mandat niedergelegt. Es ist dies die siebente Mandatszurücklegung im Lauf dieser Session. — In dem Redaktions- und Expeditionslokal des politischen Wochenblattes „D. u. W. B.“ haben gestern abends und zwar Vormittags und Nachmittags, Haustrümpfe in Menge stattgefunden und wurden sämmtliche noch vorhandene Exemplare von vier Nummern konfisziert. Gleichzeitig wurde Hr. Raschky, Hauptmitarbeiter des Blattes, verhaftet. Hr. Tkalacz, der Redakteur des Blattes, hat in Folge seiner Vorgänge das Erscheinen des Blattes vorläufig eingestellt.

Italien.

Turin, 26. Okt. Auf Anordnung des Königs wird das Hochzeitsgeschenk, welches die Kaiserin der Königin von

Portugal gaben, während der ganzen nächsten Woche öffentlich ausgestellt. Die „Italie“ meldet aus Neapel von einer Versammlung einiger neapolitanischen Abgeordneten, worin der Beschluß gefaßt wurde, die Verlegung des Regierungssitzes von Turin nach einer andern Stadt vorzuschlagen. Andere, zahlreichere Versammlungen werden unter dem Vorsitz des Senators Barca zu dem Zweck in Neapel stattfinden, das Ministerium zu unterstützen. Man ist in Neapel allgemein der Ansicht, daß das Cabinet ein Vertrauensvotum erhalten wird. In Folge dessen hält sich die italienische Delegation in Neapel über den Kursen von Paris und Turin. In Betreff des Kanberwesens lauten die Nachrichten günstig: an vielen Orten stellen sich die Kanber den Behörden. Der Kronprinz von Preußen nebst hoher Gemahlin, sowie der Prinz von Wales sind in Palermo angekommen. Auf Sizilien herrscht Ruhe.

Turin, 27. Okt. Das von der „Italie“ erwähnte Gerücht, die Gesellschaft Vastoggi habe die Eisenbahn von Salerno gekauft, ist verfrüht. Der Zustand Garibaldi's ist fortwährend bedenklich. Doch melden die ärztlichen Bulletins in den letzten Tagen eine kleine Besserung.

Frankreich.

Paris, 27. Okt. In diplomatischen Kreisen gibt man sich den Anschein, von den Vorfällen in Griechenland keine ersten Verwicklungen zu befürchten. Aufrichtiger oder scharfsichtiger hegt dagegen die Spekulation wegen dieser Vorgänge große Besorgnisse. Mit Recht fragt man, was an die Stelle der von den Schutzmächten Griechenlands eingesetzten Dynastie treten soll und welches die Haltung der Mächte, insbesondere Englands und Oesterreichs, gegenüber den angeblichen Gelassenen Russlands, den Herzog von Leuchtenberg auf den griechischen Thron zu setzen, sein wird. Und wenn man, nach dem Prinzip der Nichtintervention, das griechische Volk gewähren ließe, würde eine solche Regierung nicht die Wiederherstellung des Byzantinischen Reichs an die Spitze ihres Programms stellen müssen und Konstantinopel als Hauptstadt fordern, wie die Italiener nach Rom verlangen? Kann England, welches so große Stücke auf die Jonsischen Inseln hält (für deren Vereinigung mit Griechenland in Athen bereits eine Adresse unterzeichnet wird), dies zugeben? Man muß, um einigermaßen klar in all diesen Vorgängen und ihren Konsequenzen zu sehen, erst nähere Nachrichten abwarten; so viel scheint jedoch gewiß, daß diese Vorfälle im innigen Zusammenhange mit der geschichtlichen Garibaldi'schen Bewegung in Italien stehen, und daß die Voraussicht dieser revolutionären Zustände, deren Tragweite nicht zu ermessen ist, maßgebend waren für die Energie, mit welcher Kaiser Napoleon den Ansprüchen der italienischen Unitaristen, nach so langem Jaudern und Schwanken, plötzlich entgegentrat. — Der „France“ zufolge, welche, nebenbei gesagt, darauf aufmerksam macht, daß Kanaris, Mitglied der provisorischen Regierung, dem russischen Einflusse ergeben sei — wird das aus Korsika in Toulon erwartete Geschwader des Vizeadmirals Rigault de Genouilly Befehl erhalten, nach den griechischen Gewässern abzugehen. Auch eine Division der englischen Mittelmeerflotte soll Befehl erhalten haben, Malta zu verlassen und zur Verstärkung der englischen Seestreitkräfte in den griechischen Gewässern nach dem Piräus abzugehen.

Nach Compiegne erfolgten bereits 3 Serien von Einladungen; vom 1. bis 9., vom 10. bis 19., und vom 20. bis 30. Nov. Unter den Gästen erster Serie wird Hr. v. Lagueronniere, unter den zweiter Hr. v. Nigra sein. — Gestern fand im Grand Hotel das zweite Jahresbanket der Association der französischen Aerzte statt. Von den 6000 Aerzten Frankreichs (Paris zählt deren 600) hatten sich an dem Banket 134 Pariser Aerzte und 100 als Delegation der Provinz betheiligt. In der heute erschienenen Lieferung des „Correspondant“ bemerkt man ein äußerst satyrisches sog. Proverbe des bekannten Ex-Prof. Laprade. Die Szene spielt allerdings in Südamerika, doch erkennt man leicht, daß es eine Geißel jener Anhänger früherer Regierungen ist, die stets das Wort Anhänglichkeit und Unabhängigkeit im Munde führen und schließlich doch, um den Sohn zu placiren oder die Tochter zu verheirathen, zum herrschenden System überlaufen. — 3proz. 71.35. Ital. Anl. 72.80. Dft 558.75.

Belgien.

Brüssel, 26. Okt. (Köln. Ztg.) Der Graf von Flan-der n ist heute aus Tyröl zurück hier eingetroffen. — Hr. Rogier, dessen Bemühungen bei der preussischen Regierung zu Gunsten der Ablösung des Scheldejollens nicht unfruchtbar geblieben sein, hat auch Hamburg für das Prinzip einer deßhalb zu berufenden europäischen Konferenz gewonnen.

Griechenland.

Athen. Die Nachrichten über den neuesten griechischen Aufstand sind noch sehr dürftig; so viel aber scheint schon sicher, daß er an Ausdehnung und Tragweite alle früheren Insurrektionen weit hinter sich zurückläßt. Seine rasche Verbreitung dürfte immerhin so viel beweisen, daß die königliche Familie im Volksbewußtsein so gut wie gar keine Wurzeln hat, woraus noch gar Nichts zu deren Ungunsten folgt; eher dürfte man Grund haben, sich der Ansicht zuzuneigen, daß die dem griechischen Volk einwohnende Zugellosigkeit überhaupt keine geordnete Regierung auf die Dauer erträgt. Was die Griechen an dem König Otto auszusetzen haben, ist — außer seiner fremden Nationalität — wohl vornehmlich darin zu suchen, daß er nicht nach Wunsch auf die großgriechischen Ideen eingegangen ist, die im Wesentlichen in der dem kleinen Volk einwohnenden leidenschaftlichen Sucht nach Vergrößerung und an sieblichen Herstellung des byzantinischen Kaiserthums auf den Trümmern des türkischen Reichs beruht, als dessen Erbe sich dasselbe ansetzt. Wie es sich auch neu zu konstituiren denken mag, dieser Gedanke wird dabei maßgebend sein. Am liebsten wohl möchte man eine „nationale“ Regierung herstellen; da dies jedoch nur eine republikanische sein könnte und eine solche von den Schutzmächten sicherlich nicht geduldet würde, so scheint man sich bereits nach neuen Thron-

kandidaten umgesehen zu haben, und wirklich haben sich Gerüchte längst damit beschäftigt, und z. B. den zweiten Sohn Viktor Emanuel's, den Herzog von Leuchtenberg u. A. als solche genannt. Man hat es also urplötzlich wieder mit einem Stück „orientalischer Frage“ zu thun, und das ist es, was der Sache eine erhöhte Wichtigkeit gibt. Der Hofte gegenüber hat der Aufstand übrigens den glücklichsten Moment offenbar in so fern nicht gewählt, als diese jetzt, nachdem sie mit Montenegro und Serbien ins Klare gekommen, ihre ganze Streitmacht an der griechischen Grenze aufstellen kann.

Zur Schilderhebung wurde der Zeitpunkt benützt, wo der König und die Königin, nichts Schlimmes ahnend, eine Rundreise durch das Land machten. Sie wurden, so viel man weiß, überall gut aufgenommen, und befanden sich eben in Kalamata in Messenien (Morea, am Meerbusen von Koron), als die Kunde von dem Aufstand eintraf, der gleichzeitig und mit voller Entschiedenheit besonders in den nordwestlichen Theilen des Landes, sowie in den Küstenstädten an dem Meerbusen von Korinth ausbrach. Sofort gingen die Mareskäten an Bord ihrer Dampfregate „Amalia“, um nach Athen zurückzukehren. Sie kamen am 23. d. Abends im Piräus an. Dort hatten sie (nach der „France“) eine Unterredung mit dem Kriegsminister, worauf sie umkehrten und in dem Golf von Salamis, einige Stunden vom Piräus entfernt, landeten. Während der Nacht kamen drei andere Kriegsschiffe zu ihnen heran.

Am folgenden Tag begaben sich die Vertreter der auswärtigen Mächte von Athen auf der französischen Fregatte „Zenolice“ zum König. Das französische Schiff war von einer englischen und einer österreichischen Korvette begleitet. General Hahn meldete im Lauf des Tages durch einen Kurier, daß er mit 2600 Mann ergebene Truppen bereit sei, in der Nähe von Athen Stellung zu nehmen, und die Insurgenten zur Kapitulation zu nöthigen. Der Marineminister hat sich, um das Seearsenal zu retten, nach Poros begeben. Es soll ihm dies erglückt sein. Der König und die Königin schienen vorerst entschlossen, das Land nicht zu verlassen und sich in den treugebliebenen Provinzen zu halten.

Die Insurgenten von Boniga bedrohen in einer Proklamation die türkische Grenze. Abdi Pascha, der Kommandant von Albanien, hat bereits ein starkes Korps nach Arta vorgeschoben.

Baden.

Mannheim, 26. Okt. (Mannh. Anz.) Nächsten Mittwoch findet in Karlsruhe eine Versammlung von Vertretern der israelitischen Gemeinden des Landes statt, um sich über eine Stiftung zum ehrenden Andenken der bürgerlichen Gleichstellung zu besprechen. Die Stiftung soll keine konfessionelle sein; von hier aus wird der sehr zweckmäßige Vorschlag gemacht werden, eine neue Stiftung nicht zu gründen, vielmehr eine bestehende, etwa die Pestalozzi-Stiftung, wirksam zu fundiren.

Mannheim, 27. Okt. Die Handelskammer und die Verände fast sämmtlicher Zünfte haben bereits ihre Rechnungen der betreffenden Staatsbehörde zur Revision vorgelegt; einige Verände haben sogar schon die Art und Weise der Verrechnung ihres Vermögens beschlossen. Bei den Zünften beträgt dieses Vermögen, der früher in Uebung gewesenen Mißbräuche wegen, durchgehends wenig, während die Handelskammer, — welche es vor Zeiten eben gerade so wie die Zünfte hielt — seit dem Jahr 1844 die Summe von mehr als 20,000 fl. erspart haben soll. Nach Art. 27 des Gewerbegesetzes haben nun nur die frühesten Zunftmitglieder über die Verwendung dieses Vermögens zu entscheiden, während bei der Neubildung einer Handelskammer sich sämmtliche Kaufleute hiesiger Stadt betheiligen können. Ehe aber eine neue Handelskammer gebildet ist, wird und kann ein Beschluß über die Vermögensverwaltung nicht gefaßt werden; denn es ist nicht daran zu zweifeln, daß jene ersparte Summe, bezw. deren Zinsertrag, auch künftig zur Förderung der Interessen des hiesigen Handels verwendet, also der künftigen Handelskammer überwiesen werden wird. Diese Neubildung kann aber unserer Ansicht nach, die vielfach getheilt wird, nicht vor dem 1. April künftigen Jahres vorgenommen werden, denn das allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch erlangt in dem Großherzogthum erst am 1. Januar 1863 Gesetzeskraft, und von diesem Tag an kommt auch das Handelsregister erst zur Einführung und hat der Eintrag sämmtlicher Firmen innerhalb 3 Monaten zu geschehen. Vor dem 1. April 1863 ist demnach nicht festzustellen, wer als Handelsmann in unserer Stadt anzusehen ist, wer berechtigt ist, an der Reorganisation der Handelskammer Theil zu nehmen oder nicht.

Vermischte Nachrichten.

* Auch Tübingen hat jetzt eine Gasbeleuchtung. Das Gaswerk wurde von Hrn. Emil Spreng in Nürnberg hergestellt. Am 25. fand die mit verschiedenen Festlichkeiten verbundene Eröffnung statt.

Bremen, 27. Okt. (Deutsches Schützenfest.) Der Vorstand des deutschen Schützenbundes in Bremen macht auf seine in dem Organ des deutschen Schützenbundes, in der „Schützen- und Wehrzeitung“, enthaltene Bekanntmachungen aufmerksam, weil in verschiedenen Gegenden Deutschlands, ja selbst außerhalb desselben, die von gegnerischer Seite verbreitete und genährte Meinung herrsche, es werde das deutsche Schützenfest im Jahr 1864 in Bremen nicht stattfinden. Der Vorstand erklärt, diese Meinung entbehre jeglichen Grundes, und es könne der Bundesvorstand nicht umhin, bei dieser Gelegenheit zu erklären, daß er seinerseits, wie vorausichtlich die ganze Stadt Bremen, Alles anbietet, um das Bundes-Schützenfest in 1864 nach dem Beispiel Frankfurt in echt nationalem Sinn zu veranstalten, und im Geist der Satzungen des deutschen Schützenbundes durchzuführen.

* In Amiens wurde in der letzten Woche ein originelles Scheibenschießen abgehalten. Die Schießwaffe bestand aus einer — Feuer spritze und das Ziel aus einer eisernen Scheibe mit einem Loch in der Mitte, wodurch das Wasser in einen ledernen Schlauch schloß, der es zu einem Behälter von einem Hektoliter Inhalt führte. Die Scheibe war in einer Höhe von 5 bis 6 Meter angebracht und die Schußweite betrug 8 Meter. Sieger war Der, welcher die wenigste Zeit zur Füllung des Behälters brauchte. Bei dem ersten Wetteischen variierte die Zeit zwischen einer Minute 43 Sekunden und drei Minuten 30 Sekunden. Alle Theilnehmer sollen sich an diesem eigenthümlichen Wettkampfe sehr betheilt haben.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

